

Der Weg der Deutschen Volkspartei

Große politische Rede Dingeldeys in Chemnitz — Erneutes Bekenntnis zu Hindenburg

Der Parteiführer über die politische Lage

Reichstagsabgeordneter Dingeldey, der Führer der Deutschen Volkspartei, wollte gestern im Sachsen. Im Hotel „Chemnitzer Hof“ in Chemnitz nahm er gestern nachmittag an einer Wirtschaftstagung teil, in der man sich mit den aktuellen Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik beschäftigte. Aus unserem engeren Heimatgebiet wohnten dieser Tagung die Herren Fabrikdirektor Hölzer und Fabrikbesitzer Baumann bei. Am Abend sprach dann der Parteiführer der Deutschen Volkspartei in einer Mitgliederversammlung, die im „Hohenzollernsaal“ stattfand und einen außerordentlich starken Besuch besonders aus Aue und dem westlichen Erzgebirge, wo Fabrikdirektor Arthur Hölzer-Aue an der Spitze der Partei steht. Aufzuweisen hatte. Nach einem kurzen Begrüßungswort von Oberstudiodirektor Draeger. Chemnitz eröffnete der Parteiführer, von starkem Beifall begrüßt, seine Rede, in der er zunächst auf die Tributfrage einging, die sofort, wie er ausführte, mit der endgültigen Streichung aller internationalen Schulden erledigt werden müsse. Man habe gewußt, so fuhr Dingeldey fort, daß man in der Angelegenheit der Auspanner Konferenz auf heftigen Widerstand stoßen würde, obwohl das Verständnis für den augenblicklichen Wahnsinnszustand in der ganzen Welt wachse und auch die anderen Völker die

Unmöglichkeit des Fortbestehens des augenblicklichen Zustandes

empfanden. Die Erschütterung der englischen Machstellung im verschlossenen Jahre habe deutlich den Wahnsinn der Versailler Politik gekennzeichnet, die Wahrheit und die Vernunft marschierten in der Welt, und das Wort Mussolini, nach welchem mit einem Strich die Schuldenrechnung ausgelöscht werden müsse, gebe ohne Frage die Auffassung der großen Mehrheit der europäischen Menschheit wieder. Aber diese Mehrheit könne nur Erfolg haben, wenn das deutsche Volk entschlossen ist, sich mit aller Kraft für die Meinung dieser Mehrheit durchzusetzen. Die Ketten der Tribute könnten nur durch den Willen des einzigen deutschen Volkes gesprengt werden. Brünnings Tributabsage sei nichts anderes als das, was die Mehrheit des deutschen Volkes wolle und von dem sie nicht mehr abzubringen sein wird. Es gebe jetzt

kein Zurück mehr hinter die Linie der Kanzler-Erklärung und mit dieser Tatsache müsse die Welt rechnen. Weder wirtschaftlich noch seatisch sei das deutsche Volk in der Lage, den bisherigen Wahnsinnszustand länger zu ertragen und es werde keine Macht geben, die das deutsche Volk zwingen könnte, von seinem Standpunkt abzuweichen. Niemals sei die Gelegenheit zur Absage an Frankreich so günstig gewesen wie heute, wo sich in der ganzen Welt die Meinung zum deutschen Standpunkt wende. Der Redner wies dann hin auf die bevorstehenden schweren außenpolitischen Kämpfe, auf die Torpedierung der Lausanner Konferenz, die Ausschiffung Briands aus der französischen Regierung und auf die Stimmung in Frankreich.

Die Geschlossenheit der französischen Parteien

von der äußersten Rechten bis zur radikalsten Linken in der Reparationsfrage sei ein beschämendes Beispiel für Deutschland, wo man vergebens nach solcher nationalen Disziplin in entscheidenden Augenblicken suchen müsse. Drüber sei man einig, dort schließen gerade die Linkenradikalen wie Leon Blum und Beriot die schärfsten nationalen Bände an in diesen Tagen, und in Deutschland fehle mehr denn je die innere Verbundenheit um des nationalen Sieles willen. Es muß zweifelhaft erscheinen, so fürt der Redner fort, daß die Erreichung des Sieles, das für Deutschland mit der Lösung der Tributfrage gestellt ist und das Brüning in seiner Erklärung aufgezeigt hat, ausgerechnet in einer Bundesgenossenschaft mit der SPD und der Berliner Arbeiterpresse erreichbar ist. Die leichten seelischen, gefühlsmäßigen Kräfte müssen bei dieser Aktion aus dem Volke herausgeholt werden und das ist nur damit zu erreichen, daß den großen nationalen Kräften der Nation der

Weg freigemacht wird zur Verantwortung

und Mitarbeit an der Gestaltung des deutschen Gesichts. Nur so ist die Garantie für den Erfolg des Sieges gegeben, den es zu führen gilt. Wenn Brüning dem von ihm selbst aufgezeigten Siele wirklich dienen will, dann gibt es nichts anderes für ihn zu tun, als heute von sich aus diesen Kräften den Weg freizumachen zur Verantwortung, anstatt mit allen Mitteln parlamentarischer Taktik eine künstliche Mehrheit zu erhalten. Das ist eine außerordentlich große Schwäche unserer außenpolitischen Position. Der Redner befürchtete, dass mit der Politik der Nationalsozialisten und erklärte, daß die Führer der Nationalsozialisten in der letzten Zeit mancherlei törichte außenpolitische Neuerungen gemacht hätten. Solange aber das Ausland wisse, daß sich hinter der Fassade der Brüning-Regierung eine gewaltige Umwälzung im deutschen Volke verborge, die nicht nach außen zum Ausdruck kommt, sei die Verhandlungsfähigkeit der Regierung Brüning auf das schwerste gefährdet. Der augenblickliche Zustand sei nichts als eine Täuschung, die das Volk in eine gefährliche innere Unruhe versetze.

Heute ist die Zeit da, so fürt der Redner fort, daß Brüning, gestützt auf sein nationales Bekenntnis, der

Zusammenfassung der nationalen Kräfte

im deutschen Volke die Wege ebnen. Die Kräfte müssen sich endlich einmal im Tageslicht der Verantwortung zeigen, nachdem sie sich lange genug im Dämmerlicht der Versammlungssäle breitmachten. Ausführlicher auf die ganze Art der NSDAP eingehend, wies Dingeldey hin auf Adolf Hitler, in dem seine Unabhängigkeit die magische Gestalt des Führers schien, dem sie gedankenlos Gehorsam leisteten. Ob Hitler die übermenschliche Kraft besitzt, die ihm von den Massen zugeworfen werde, sei eine Frage für sich. Jedenfalls steht fest, daß Hitler manche schlaflose Nacht den Gedanken an die Verantwortung, die ihm zufallen könnte, zu verdanken habe. Die nationale Bewegung in Deutschland sei fraglos hinzunehmen als ein gewaltiges Erwachen und als der Ausbruch einer heißen Freiheitssehnsucht, aber daneben gehe eine Agitation und eine Form der Werbung, die sich bedenklos der jeweils angebrachten und augenfälligen Parolen und Schlagworte bediene bei der Heranbildung der Massen, die heute z.B. den Kapitalismus ablehnen und morgen ein Bekenntnis zur Privatwirtschaft ablegen. Das sei ein gefährliches Spiel mit dem Glauben der Massen, aufgebaut auf einer durchsichtigen Massendemagogie, ein Spiel, das seine letzte Auswirkung finden kann in einer

Abströmung der Massen in das rein bolschewistische Lager. Alles, was an Fehlern in den letzten Jahren begangen worden sei, habe die Massen irre werden lassen, habe Erblitterung und Misserfolg hervorgerufen gegen das dem deutschen Volke bereitete Schicksal, und es sei eine große Frage, ob die Nationalsozialistische Partei aus dieser Bewegung der revolutionären Auslehnung etwas positiv Gestaltendes zu machen in der Lage sei, zumal sie keine klaren Vorstellungen habe über das, was staatlich und wirtschaftlich in Deutschland geschehen sollte. Die Zeit werde kommen, wo die Führer der Bewegung selbst nicht mehr die Massen täuschen können. Deshalb sei es notwendig, so schnell wie möglich die Bewegung aus der Agitation in die Verantwortung überzuführen. Der Reichspräsident muß, so erklärte der Redner, jetzt an die Partei der Nationalsozialisten den Ruf zur Teilnahme an der Verantwortung ergehen lassen und dann wird sich zeigen, was wirklich an der Bewegung zu gebrauchen ist. Dann wird sich die Spreu vom Weizen scheiden, ehe unabsehbarer Schaden für unser Volk angerichtet wird.

Der jetzige Weg des Kanzlers sei falsch, weil es ein Wahnsinn wäre, die von der SPD zerstörte deutsche Wirtschaft mit derselben SPD wieder aufzubauen zu wollen. Keine wirklich großen Pläne kennzeichnen den bisherigen Weg der Brüning-Regierung. Man sei in Halbschritten stecken geblieben. Immer wieder habe das Volk sehen müssen, daß die gebrachten großen Oster nichts nützen. Auslehnung und Erblitterung seien in ständigem Wachsen begriffen. Mit ständigem Steuerdruck und Einkommensabbau könnten die Dinge nicht gemeistert werden. Es fehle an dem wirklich großzügigen, von grohem staatsmännischen Geist beherrschten Plan. Bisher sei man nicht an die ungeheure wichtige

Durchführung der Verwaltungsreform im ganzen Reich herangegangen, man sei nicht herangegangen an die Freimachung der wirtschaftlichen Kräfte, an die Auflösung des Zwangssystems, in dem die deutsche Wirtschaft lebe.

Ein ungeheuerer Fehler sei es gewesen, daß die nationale Opposition im vergangenen Jahre nicht die Verantwortung übernahm, als Gelegenheit da war, der Sozialdemokratie für lange Zeit die Kraft zu breschen.

Für die Volkspartei bleibt es, so fürt der Redner fort, bei der Absage an Brüning und bei dem Kampf, diese Regierung durch eine andere zu ersetzen. Die kommenden Monate werden uns schwere Kämpfe bringen. Und gerade in einer solchen Zeit hat das Volk

ein einziges Symbol

nötig, daß über allem Streit und allen Spannungen steht. Ein guter Gott hat dem deutschen Volke ein solches Symbol in der Gestalt eines lebendigen Menschen,

in der Person des Reichspräsidenten

und Generalfeldmarschalls von Hindenburg gegeben, in diesem Mann, der die Erinnerung an den schönen Glanz des alten Reiches verkörpert, der die Gewalt deutschen Wesens gelannt, erlebt und geführt hat und in sich den unbereiteten Glauben an die deutsche Nation trägt. Ein Geschenk des Himmels ist dieser großzügige, jugendliche Greis für unser Volk. Auf ihn kann sich das gesamte Volk vereintigen.

Für die deutsche Volkspartei gibt es nur das vorbehaltlose Bekenntnis: Wenn Hindenburg erhalten bleiben kann, dann sind wir an seiner Seite. (Bräuender, langanhaltender Beifall.)

Wenn auch dieser Reichstag, habe ich mir gesagt, in vielen Dingen nicht mehr das Spiegelbild der Meinung des deutschen Volkes abgibt, im alten wie im neuen Reichstage wird sich eine überwältigende Mehrheit trotz aller formalen Bedenken für den Generalfeldmarschall v. Hindenburg einsetzen.

Der Redner ging dann über zu der Frage der Rüstung und der Wehrgleichheit.

Die anderen Staaten seien dem deutschen Beispiel der Rüstung nicht gefolgt. Gewaltige Rüstung stehe der deutschen Ökonomie gegenüber. Wenn es bedrohte Sicherheit unter den Völkern gebe, dann sei es das von den Rüstungen Frankreichs bedrohte Leben und die Sicherheit des deutschen Volkes. Deutschland habe das Recht, über das Maß

der Rüstungen selbst zu bestimmen und zum mindesten mit der Wehrgleichheit erkämpft werden. Das sei eine Angenommen, die an das Herz und die Ehre der Nation röhrt und diese Ehre werde auch verkörpert von der Gestalt des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Die Erhaltung Hindenburgs ist auch, so erklärte Dingeldey weiter, für die nationale Bewegung in Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit, weil sie ihr die beste Sicherheit in außenpolitischer Hinsicht gibt. Der Weg zur Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs für das gesamte nationale Bürgertum müsse gemacht werden. Das sei auch die Aufgabe, an der die Deutsche Volkspartei jetzt in erster Linie arbeite.

Hugenberg hätte der Sache der Nation besser gedient, wenn neben seiner Absage an Brüning zugleich das Bekenntnis zu Hindenburg gestanden hätte.

Zum Schluss betonte Dingeldey dann, daß trotz aller Massenbewegung die großen, geistigen und gestaltenden Kräfte, die in der Persönlichkeit verankert sind, der deutschen Nation erhalten bleiben werden. Und die Vertretung dieser verantwortungsbewußten Kräfte sei eine Aufgabe der Deutschen Volkspartei, die über die verantwortungslose Wirtschaft zielstark und im Dienst an Volk und Vaterland ihre Weg einhalte.

Die glänzend formulierten Ausführungen des Parteiführers lösen brausenden, langanhaltenden Beifall aus, waren für alle Zuhörer ein eindrucksvolles Erlebnis.

Englische Vorstellung bei Paval

London, 22. Januar. Im Anschluß an die heute vormittag beendete Kabinettssitzung veröffentlichte Reuter folgende Informationen: Der französische Ministerpräsident ist durch Vermittelung der britischen Botschaft gestern eingeladen worden während des Wochenendes MacDonald in London zu besuch. Paval kann jedoch, wie verlautet, noch nicht sagen, ob er kommt wird, ehe er das Ergebnis der Abstimmung über den Vertragsantrag für seine Regierung in der Kammer kennt.

Wie Reuter im Zusammenhang mit der Reparationsfrage weiter erläutert, entsprang der gegenüber der deutschen Regierung gemachte Vorschlag einer Moratoriumserlängerung, der — nicht bekannt — abgelehnt worden ist, der eigenen Initiative der englischen Regierung. Der Berliner Botschafter hat also nicht namens der Gläubigerparte gehandelt.

Deutschland und Italien

Deutsch-italienische Zusammenarbeit für den Erfolg der Abrüstungskonferenz — Ein Interview des Reichswehrministers

Mailand, 22. Januar. In einer Unterredung mit den Berliner Korrespondenten des „Popolo d'Italia“ erklärte Reichswehrminister Groener, Deutschland werde in Übereinstimmung mit der von Mussolini im Oktober 1931 erhobenen Forderung an der Abrüstungskonferenz die Aufhebung des rechtlichen Unterschieds zwischen Siegern und Besiegten des Weltkriegs verlangen. Es werde deshalb befehlt sein, diejenigen Methoden, nach denen es selber durch den Versailler Vertrag abgerichtet worden ist, zu Grundlage der Konferenz zu machen. Der französischen Sicherheitsstelle: „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ müsse Deutschland den Grundzustand gegenüberstellen: Durch Abrüstung zur Sicherheit! Deutschland fordere die allgemeine Abrüstung bis auf den in den Friedensverträgen festgelegten Stand.

Zu den Behauptungen über deutsche Geheimrüstungen erklärte der Reichswehrminister, es sei völlig unnötig, zu glauben, Deutschland habe in wenigen Jahren seit 1927 im geheimen eine neue Kriegsrüstung schaffen können. Alle Gerüchte über eine sogenannte Investigation hält der Reichswehrminister für falsch. Eine Methode, die nur dazu geschaffen sei, die Besiegten des Weltkriegs weiter niederknallen und zu entziehen, könne heute nicht mehr angewandt werden. Der Minister sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß Italien und Deutschland zu einem erfolgreichen Verlauf der Konferenz zusammenarbeiten könnten, denn sie seien sich einig in dem Gedanken, daß eine wirkliche und radikale Abrüstung notwendig sei, um der Welt den Frieden wiederzugeben der heute vor dem Geklirr der Waffen entflohen zu sein scheine.

Die Thesen für den zweiten Fünfjahresplan der Sowjetunion

Moskau, 22. Januar. Die vom Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei entworfenen Direktive für einen zweiten Fünfjahresplan wurden jetzt veröffentlicht. In den Thesen wird als wichtigstes Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes die endgültige Unterwerfung der Wurzeln des Kapitalismus im Dorfe hervorgehoben, wodurch eine völlige Vernichtung der Klassen vorausbestimmt werde. Durch den zweiten Fünfjahresplan soll durch Steigerung des Wohlstands ein erheblich rascherer Aufstieg des Wohlstandes der Arbeiter- und Bauernmassen erzielt werden. Die grundlegende Wirtschaftsaufgabe des zweiten Fünfjahresplanes sei die Befriedigung der Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft und die Schaffung der modernsten technischen Basis für sämtliche Wirtschaftszweige, insbesondere für die Maschinen- und energetische Industrie. Der Ausbau des Eisenbahnverkehrs soll die Beschleunigung des Aufstieges der Wirtschaft der nationalen Sowjetrepubliken gewährleisten. In der Rüstungsmittelindustrie sei eine allseitige Erweiterung der Produktion auf der Grundlage eines erheblichen Ausbaus der Rohstoffbasis vorgesehen, damit die Verbreitung der Verbrauchsnormen pro Kopf der Bevölkerung gefördert wird. In der Landwirtschaft soll das Viehzuchtproblem durch Vermehrung der Viehbestände und Steigerung der Warenproduktion gelöst werden. Zur völligen technischen Umgestaltung der Feldwirtschaft müssen große neue Arbeitsmaschinen ausgebaut werden. Die Kulturbauern müssen pro Acker eine Kulturbauern der gesamten Masse auf eine neue Höhe gebracht werden. Die Theorie hebt die völlige Unvereinbarkeit der bürgerlich-kapitalistischen Einstellung des Grundbesitzes der Rentabilitätsrechnung mit der Politik der Partei und den Interessen der Arbeiterklasse hervor und stellt fest, daß die Sowjetunion durch den zweiten Fünfjahresplan in technischer Beziehung an die erste Stelle Europas rücken werde.